

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.150.039

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)9946/J-NR/2022

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 9946/J betreffend "Maßnahmen gegen das Inflationshoch", welche die Abgeordneten Erwin Angerer, Kolleginnen und Kollegen am 24. Februar 2022 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

1. *War aufgrund diverser Corona-Maßnahmen (bspw. zwischenzeitliche Senkung diverser Mehrwertsteuersätze) mit einer Veränderung der Inflation zu rechnen?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern und wie wurde darauf reagiert?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Zur zwischenzeitlichen Senkung der Mehrwertsteuer ist auf das zuständige Bundesministerium für Finanzen zu verweisen. Unabhängig davon kann festgehalten werden, dass aufgrund der pandemiebedingten hohen Nachfrageausfälle zunächst dämpfende Effekte auf die Inflation zu beobachten waren. Tatsächlich betrug die Inflation 2020 nur 1,4 %. 2021 war dann aufgrund der wieder anspringenden Nachfrage und der Lieferkettenproblematiken ein deutlicher Anstieg der Inflation zu beobachten. In vielen Bereichen, so etwa bei Rohöl, Rohstoffen, Baustoffen und Lebensmitteln sind die Weltmarktpreise massiv gestiegen und werden auch noch weiter steigen.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

2. *Ist aufgrund der steigenden Inflation mit einem Investitionsstopp bei heimischen Unternehmen zu rechnen und wie hoch schätzen Sie dieses Volumen ein?*

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten wird im Zuge der wirtschaftlichen Erholung voraussichtlich ansteigen. Dementsprechend wird sich auch die Investitionstätigkeit erhöhen. Investitionen hängen deutlich stärker von der wirtschaftlichen Lage bzw. den Ausichten ab als von der Preisentwicklung. Außerdem sind die Kosten der Refinanzierung der Unternehmen durch die weiterhin niedrigen Zinssätze gering. Hier ist insbesondere im produzierenden Bereich zu erwarten, dass es zu einer verstärkten Investitionstätigkeit kommt. Durch die Investitionsprämie werden auch im Jahr 2022 noch zusätzliche, also ohne die Prämie nicht getätigte, Investitionen durchgeführt und Projekte, die eigentlich erst für spätere Jahre geplant waren, vorgezogen.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

3. In welchen Wirtschaftsbereichen rechnen Sie mit weiteren Preissteigerungen?

Durch die derzeitige Kriegssituation in der Ukraine ist zu erwarten, dass sich die Inflation insbesondere wegen steigender Rohstoff-, Treibstoff- und Energiepreise sowie höherer Transportkosten vorübergehend erhöhen wird. Auch die Abhängigkeit Österreichs von Gas aus Russland trägt dazu bei, dass durch die derzeit hohen Gaspreise Inflation in großem Ausmaß "importiert" wird.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

- 4. Ist in Wirtschaftsbereichen, in denen mit weiteren Preissteigerungen für Güter zu rechnen ist, auch von einem Anstieg des Lohnniveaus auszugehen?*
- a. Wenn ja, inwiefern?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Diese Frage betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

- 5. Wird es in einzelnen Wirtschaftsbereichen zu weiteren Produktknappheiten und Güterengpässen kommen?*
- a. Wenn ja, in welchen?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Bereits die Pandemie und nun verstärkt auch der Krieg in der Ukraine sowie Sanktionen gegen Russland und Weißrussland haben erhebliche strategische Abhängigkeiten der EU gegenüber Drittstaaten offengelegt. Sowohl auf europäischer, als auch auf nationaler Ebene werden verschiedene Maßnahmen gesetzt, um diese Abhängigkeiten zu reduzieren.

In der aktualisierten EU-Industriestrategie veröffentlichte die Europäische Kommission (EK) bereits im Mai 2021 erstmals eine genaue Analyse von strategischen Produkten, bei denen die EU sehr stark von Drittstaaten abhängig ist. Im Februar 2022 wurde daraufhin eine weiterführende Analyse veröffentlicht, die auch die Abhängigkeiten bei Dienstleistungen und Technologien darstellt. "Strategisch" im Sinne der EK sind Abhängigkeiten in den Bereichen Sicherheit/Verteidigung, Gesundheit, Klimaschutz und Digitalisierung.

Durch die aktuelle Krise wurde auf EU-Ebene die Überwachung von Handelsströmen und Preisen von wichtigen Gütern von Seiten der EK noch weiter verstärkt. Dabei stehen sowohl die direkten, durch Lieferausfälle hervorgerufenen, als auch die indirekten, durch hohe Energiepreise oder Logistikprobleme verursachten, Störungen im Fokus.

Laut ersten Informationen der EK sind durch die aktuelle Krise innerhalb der EU vor allem die Ökosysteme Chemikalien, Automobil, Tourismus, aber auch Nahrungsmittel (etwa durch die fehlende Getreideproduktion in der Ukraine) am stärksten von Lieferproblemen betroffen. Kurzfristig kann es laut EK auch zu Problemen mit Nickel, Palladium, Neon, Sperrholz und Eisen kommen. Dazu kommen noch Lieferschwierigkeiten bei Halbleitern und volatile Preise bei Magnesium, die es bereits vor der aktuellen Krise gab.

Auf EU-Ebene werden zur Bekämpfung dieser strategischen Abhängigkeiten derzeit Maßnahmen ergriffen, um Fortschritte bei der Bewältigung von strategischen Abhängigkeiten auf europäischer Ebene zu erzielen, so etwa durch internationale Partnerschaften für kritische Rohstoffe, Industrieallianzen für Halbleiter & Cloud-Dienste oder IPCEIs zu Cloud, Wasserstoff und Mikroelektronik. Diese Maßnahmen werden in den nächsten Monaten noch ausgeweitet werden.

Auf nationaler Ebene werden zudem eigene Analysen strategischer Abhängigkeiten durchgeführt, die die Arbeit auf europäischer Ebene ergänzen und die nötige Information für die Schaffung von Rahmenbedingungen bieten sollen.

Intensiv engagiert ist Österreich auch bei den Verhandlungen zum European Chips Act, der nicht nur darauf abzielt, die Halbleiterfertigungskapazitäten innerhalb der EU bis 2030 zu

verdoppeln, sondern auch die strategische Autonomie Europas im Bereich der Chips deutlich stärken wird. Elektronik und Mikroelektronik sind Schlüsseltechnologien für zahlreiche neue Entwicklungen wie Digitalisierung, Automatisierung und Industrie 4.0 und bilden die Basis für neue Formen der Produktion und Fertigung.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist zudem der Bereich Magnesium. Der vorübergehende Produktionsstopp für Magnesium in China im 4. Quartal 2021 hat den globalen Markt in den letzten Monaten weitgehend gestört, wobei zu beachten ist, dass die Europäische Union für mehr als 90 % ihres Bedarfs von China abhängig ist.

Diese Situation veranlasste die EK dazu, enger mit den Mitgliedstaaten und den betroffenen Sektoren Aluminium, Stahl, Ferrolegierungen Legierungen, Automobilindustrie, Metallverpackungen etc. zusammenzuarbeiten, um den Bedarf, die Investitionen und mögliche Maßnahmen zu ermitteln, die für eine nachhaltige Entwicklung erforderlich sind.

Am 26. Jänner 2022 hielt das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus dazu einen ersten Round-Table mit relevanten Stakeholdern ab. In den nächsten Monaten wird in enger Abstimmung mit der Industrie daran gearbeitet werden, mögliche europäische Projekte auszuarbeiten, die die Eigenproduktion von Magnesium in Europa erhöhen sollen. Österreich wird sich hier aktiv einbringen.

Antwort zu den Punkten 6 und 7 der Anfrage:

6. *Ist aufgrund der steigenden Inflation mit Einschränkungen bei der Kreditvergabe an Unternehmen zu rechnen?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Werden seitens des BMDW Möglichkeiten angedacht, um - in Zeiten steigender Inflation - Kreditvergaben an Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen zu erleichtern bzw. zu unterstützen?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Von möglichen Einschränkungen bei der Kreditvergabe an Unternehmen ist derzeit nicht auszugehen. Derzeit ist eine steigende Nachfrage bei Unternehmenskrediten zu beobachten. Der Leitzins der EZB bleibt weiterhin bei 0%.

Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:

8. *Welche Maßnahmen wird das BMDW setzen, um die Inflation und weitere Preissteigerungen zu stoppen?*

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort analysiert die Inflationsentwicklung in unterschiedlichen Sektoren laufend. Im Fall der Treibstoffe hat das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort die Wettbewerbskommission um weitere Analysen ersucht. Die unabhängige Bundeswettbewerbsbehörde führt eine Branchenanalyse durch.

Wien, am 22. April 2022

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

